

NORBERT SIEVERS

Kulturpolitik muss auch Klimapolitik sein, um Heimat(en) zu schützen

Die Erde nähert sich mit großer Geschwindigkeit einer klimatischen Katastrophe. Die meisten beängstigenden Prognosen der Klimaforscher in den letzten Jahrzehnten wurden von der Realität überholt. Noch in diesem Jahrhundert könnten sie verheerende Folgen haben und es bleibt nur ein kleines Zeitfenster, um wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Derzeit sieht es danach aus, dass wir in diesem Jahrhundert nicht bei 2 Grad Klimaerwärmung landen, wie das Pariser Klimaabkommen es gefordert hat, sondern bei 3 bis 4 Grad, wenn nicht in den nächsten zehn bis fünfzehn (!) Jahren radikal gegengesteuert wird. Die bisherigen Maßnahmen und politischen Beschlüsse reichen nicht aus, da sind sich selbst die Staatsoberhäupter einig. Selbst wenn alle Staaten ihre Klimapläne einhalten sollten, würde sich die Temperatur bis Ende 2100 um 3,2 Grad erhöhen.¹

Angesichts dieser Lage ist jeder Politikbereich dazu aufgerufen, das in seiner Macht Stehende zu tun, um dieser Gefahr entgegenzutreten – auch die Kulturpolitik! Wenn Hitze und Dürre zu gravierenden Gesundheitsschäden führen, Seen umkippen lassen und Flüsse trocken legen, wenn die Klima-Ziele von Paris nicht einmal von Deutschland eingehalten werden und sich der Globus immer mehr erhitzt, so dass Dürrekatastrophen und Wasserknappheit vorprogrammiert sind und die Fluchtursachen verstärken, dann kann keine Fachpolitik sich aus der Verantwortung stehlen, sondern muss ihrer ethischen Verpflichtung gerecht werden und Beiträge zur Lösung dieses Menschheitsproblems leisten.

Offenbar sind die Auswirkungen der Klimaveränderungen im Bewusstsein der Menschen, der Kulturakteure und Kulturpolitiker*innen immer noch nicht durchgesickert – trotz des Weltklimaberichts, der andauernden medialen Berichterstattung und der historisch fast unvergleichlichen Dürre, die wir in 2018 und 2019 in

1 Siehe *taz*, 1.12.2018, S. 26–27.

Deutschland erlebt haben. Die Fakten sind bekannt, die Warnungen ausgesprochen und doch müssen sie stetig wiederholt werden, weil sich unser Bewusstsein gegen diese Erkenntnis wehrt. Es ist wirklich fünf vor zwölf, wenn nicht gar später, und die existenzielle Bedrohung ist real und nicht eingebildet. Schon jetzt sind die Folgen des weltweiten Klimawandels für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung, die sie zwingt, ihre Heimat zu verlassen.

So hat der Weltklimarat IPCC in einem eindringlichen Sonderbericht festgestellt, »dass schon bei 1,5 Grad Flüchtlingsbewegungen bisher unbekannten Ausmaßes und eine extreme Verschlechterung der Sicherheitslage auf der Erde erwartbar sind«. Und aus den Klimastudien wissen wir, dass schon »eine Erwärmung zwischen 1,5 und 2 Grad – eine Marke, die zwischen 2030 und 2050 erreicht sein dürfte – [...] die Erde in eine Heißphase von bis zu 6 Grad über vorindustrieller Zeit befördern [könnte].« (Haberkorn 2018). Die Erde würde dann gewissermaßen in ein anderes Klimasystem geschossen werden – mit unabsehbaren Folgen, so die Heißezeitstudie des Potsdamer Klimainstituts.²

Die Klimakrise als Kulturkrise

Zu vergegenwärtigen sind aber nicht nur die faktischen ökologischen Probleme und deren Folgen, sondern auch die damit zusammenhängenden kulturellen Fragen. Es gehört zu den Grundüberzeugungen der Neuen Kulturpolitik, dass Kultur auch die Art und Weise meint, wie die Menschen leben wollen und können. Die Neue Kulturpolitik und mithin die Kulturpolitische Gesellschaft stehen eindeutig in einer kapitalismus- und wachstumskritischen Tradition. Ein Referenzdokument ist dafür die Abschlusserklärung der Expertenkonferenz des Europarats in Arc et Senans im April 1972. Darin haben die Expert*innen – unter ihnen etwa der bekannte Zukunftsforscher Alvin Toffler und der ebenso bekannte Bildungstheoretiker Georg Picht – einen gesellschaftskritischen und -politischen Aufruf zu den Entwicklungsmöglichkeiten fortgeschrittener Industriegesellschaften formuliert, der bis heute an Aktualität nichts eingebüßt hat. Sie waren überzeugt davon, dass das industrielle Wachstum die natürlichen Ressourcen der Erde erschöpft und sich schließlich »gegen den Menschen wendet«. Sie sahen aber auch Chancen in einer verantwortungsbewussten Gesellschafts- und Kulturpolitik, die eine ethische Verantwortung der Kulturarbeit darin sah, »alternative gesellschaftliche Entwicklungsrichtungen vorstellbar zu machen und in jedem Individuum den Sinn für das Mögliche zu wecken, das heißt, ihn zu befähigen, Krisen nicht auszuweichen und nicht Sklave, sondern Herr seiner Geschichte zu werden.« (Europarat 1972, zit. nach Rübke 1993: 78)

Spätestens mit den »Bausteinen für eine ökologische und kommunikativ orientierte Kulturpolitik« (Krings u.a. 1990), auf die sich die Grundsatzprogramme der Kulturpolitischen Gesellschaft von 1996 und 2012 in ihrer ökologischen Ausrich-

² Siehe <https://www.pik-potsdam.de/aktuelles/pressemitteilungen/auf-dem-weg-in-die-heisszeit-planet-koennte-kritische-schwelle-ueberschreiten> (letzter Zugriff: 27.3.2020)

tung beziehen, gehört diese Position auch zum programmatischen Selbstverständnis der Kulturpolitischen Gesellschaft. Seither hat sie deshalb auch immer wieder zu einer nachhaltigen und klimagerechten Kulturpolitik aufgerufen. In ihrem Programm aus dem Jahr 2012 heißt es dazu: »Mit einer allein auf monetäres Wachstum orientierten Wirtschafts- und Produktionsweise können die anstehenden Krisen nicht bewältigt werden. [...] Notwendig ist die Transformation hin zu einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise.« Und in einer aktuelleren Erklärung vom 20. November 2019 hat sie sich noch einmal eindeutig in diese Tradition gestellt und die Kulturpolitiker*innen des Bundes, der Länder und der Kommunen aufgefordert, »angesichts der drohenden Klimakatastrophe [...] ihre kulturpolitischen Strategien konsequent an den Kriterien des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit auszurichten« und die »Logik des permanenten Wachstums und der Steigerung [...] auch im Kulturbereich kritisch zu überprüfen« (Knoblich 2019).

Diese klare Botschaft folgt der Einsicht, dass die Ursachen der drohenden Klimakatastrophe nicht zuletzt in dem zu hohen Ressourcenverbrauch liegen und dass der Motor dafür die konsumgetriebene kapitalistische Wirtschaftsweise ist. Wir wissen, dass unsere »imperiale Lebensweise« (vgl. Brand/Wissen 2017) und der damit verbundene Konsum als Lebensstil nicht zuletzt kulturell codiert sind und durch seinen Ressourcenverbrauch einen riesigen ökologischen Fußabdruck hinterlässt. Zugrunde liegt dem ein durch Dauerbewerbung unterstütztes »Berechtigungsbewusstsein« (Reckwitz 2017: 324), das uns glauben lässt, wir könnten in der Multioptionsgesellschaft auf alle Ressourcen der Welt ohne Folgen zugreifen. Vor allem in den weltweit wachsenden Mittelklassen mit ihren kulturaffinen Milieus und ihrer kulturbezogenen, kuratierten Lebensführung ist dieses Bewusstsein Zuhause. Ein Tauchkurs in der Karibik geht immer. Eine Ayurvedakur in Sri Lanka allemal. Und ein Wochenendtrip per Flugzeug zur Opernpremiere nach Paris sowieso. Für den Kulturosoziologen Andreas Reckwitz ist in der »spätmodernen Hyperkultur« in der von ihm diagnostizierten kosmopolitisch orientierten neuen Mittelklasse das »scheinbar selbstverständliche Gefühl des *Berechtigtseins*« kennzeichnend, »über die Welt-Kultur in allen ihren Facetten zur Bereicherung des eigenen Lebensstils verfügen zu können« (Hervorheb. im Original; ebd.: 302) Vor allem das Reisen sei den Angehörigen dieser Klasse eine »zentrale und identitätsstiftende Beschäftigung« (ebd.: 320), die von Jugend an kultiviert werde und ein »Berechtigungsbewusstsein« voraussetze, »dass man kompetent und befugt ist, sich die Welt und die Kulturen der Anderen für die Erweiterung des persönlichen Horizonts zu eigen zu machen.« (Ebd.: 324)

Kritik der konsumorientierten Lebensweise

Dieses kulturelle Muster wird von immer mehr Menschen in Frage gestellt. Sie haben erkannt, dass wir nichts weniger als eine grundlegende Veränderung unseres Bewusstseins brauchen, eine kulturelle Revolution in unserem Denken und Handeln, um die Voraussetzungen für ein Umsteuern zu schaffen. Und als hätte es in

dieser Frage eines externen Anstoßes bedurft, zeigt die durch den Corona-Virus gegenwärtig (März 2020) ausgelöste Pandemie, wie schnell dieses Verzichtsbewusstsein erforderlich ist, ja zur existentiellen Frage wird, wenn die Probleme nur nahe genug sind.

»Wir wollen eure Geschenke nicht, eure Pauschalreisen und Hobbys, eure ganze grenzenlose Freiheit.« Greta Thunberg (zit. n. Rühle 2019: 14), die Ikone der »Fridays-for-Future«-Bewegung, ist nicht zurückhaltend mit klaren Hauptsätzen und trifft damit auf einen Nerv. Sie erfährt auf ihre Reden und ihr Handeln – unterstützt durch die digitalen Medien – eine ungeheure Resonanz und spricht Dinge aus, die in Inhalt und Form der Rede für die Eliten und Regierenden der Welt höchst irritierend sind, auch für die Kulturpolitik. Ihre Ansagen und ihre Diktion haben nichts Postmodernes mehr. Es geht darin nicht um Entgrenzung, Verflüssigung, fluide Hybridität oder um die Frage, ob wir uns jeden Tag neu erfinden sollten. Der Konjunktiv und der Optativ fehlen in ihrer »binären« Sprache. Es ist ein entkulturalisierter und entindividualisierter Ansatz und er kommt an. Es geht ihr um nichts weniger als um ein Menschheitsproblem, ja um ein globales Überlebensproblem, das Freiheits- und Autonomiefragen einen anderen Rang zuweist. Dabei stützt sie sich auf Fakten und anerkannte Wissenschaftler*innen, die ihre Befürchtungen teilen und sich auch als Konsum- und Kulturkritiker*innen zu Wort melden.

Auch der Postwachstumsökonom Niko Paech (2019) gehört dazu und fordert in der Süddeutschen Zeitung dazu auf, »Freiheit vorsorglich und freiwillig zu begrenzen, um sie zu bewahren« und geißelt die seiner Meinung nach verheerendste Lebenslüge, »nämlich, dass Nachhaltigkeit ohne Begrenzung des materiellen Wohlstands möglich ist«. Er plädiert also für Verzicht, für ein Ende der Wachstumslogik, für Einbußen im ressourcenintensiven Lebensstil, ja für eine völlige Umcodierung spätmoderner Wertpräferenzen, die individuelle Freiheit und Teilhabe vor allem über Konsum definiert. Das geht selbst den einsichtsfähigen kulturaffinen Milieus zu weit, die es gewohnt sind, dass Kultur keine Grenzen hat, sondern sich über den Modus der Entgrenzung definiert. Ihre Steigerungslogik konnte sich dabei auf eine kulturpolitische Programmatik berufen, die mit ihren Formeln der kulturellen Vielfalt und Teilhabegerechtigkeit und einer nachfrage-orientierten Kulturpolitik den Wachstumspfad nie verlassen, sondern – bei Licht besehen – erst begründet hat. Entsprechend zurückhaltend reagiert die Kulturpolitik auf solche Vorschläge und geht vorerst auf Tauchstation. Der Kulturbetrieb selbst verhält sich ambivalent. Neben aktivem Klimaschutz gibt es auch ein scheinheiliges »Greenwashing« und eine »Doppelmoral«, wie es der Kunstkritiker Hanno Rauterberg beklagt (2019: 33).

Krise der (Post-)Moderne – Krise der Demokratie

Welche Auswirkungen hat es auf eine Gesellschaft (egal ob national, europäisch oder weltweit), wenn klar ist und nicht mehr zu leugnen sein wird, dass die klima-

tischen Bedingungen sich verschlechtern und zwar nicht für einen Augenblick, sondern für mehrere Tausend Jahre, wenn die Migration klimabedingt weiter fortschreitet, wenn der Kampf um Wasser beginnt? Werden wir dann noch »Willkommenskultur« haben? Allein die Aussicht auf die Wanderungsbewegungen werden die Gesellschaften verändern und zwar nicht im Sinne von mehr Offenheit, sondern im Sinne von Schließung, was ja schon gegenwärtig zu beklagen ist. Das ist keine Angstmacherei, sondern leider Realität. Steht unsere liberale, weltoffene Gesellschaftsvorstellung (ja, im Prinzip auch das Projekt der Moderne und mithin der Demokratie) auf dem Spiel? Ist die Postmoderne mit ihrem »anything goes«, das ja nicht zuletzt auch konsumistisch interpretiert wurde, am Ende? Auch wenn dieses Szenario zu pessimistisch sein mag, so ist es doch notwendig, es ins Kalkül zu ziehen und zu durchdenken.

Denn es gibt Gründe, besorgt und skeptisch zu sein. Was geht hier vor in diesen revolutionären Zeiten? Was geschieht mit dem Freiheitsbegriff der Moderne im Allgemeinen und unserer liberalen Demokratie im Besonderen? Müssen wir uns, was Werner Kindsmüller zu bedenken gibt, »zu einem Post-Anthropozän aufmachen, wenn wir die Möglichkeiten für zivilisierte Lebensbedingungen für die Vielen nicht verspielen wollen« (2019: 51) und dabei Abschied nehmen von der Vorstellung, »wir Menschen seien autonom, das heißt frei von natürlichen Bedingungen und Grenzen«? Brauchen wir eine »praktische Kritik der Moderne und ihrer zentralen Kategorien – Freiheit, Fortschritt und Emanzipation«? (Ebd.) Wie würde diese aussehen und was könnte Kulturpolitik dazu beitragen? Oder sind das »libertär-liberale Konzept von Freiheit als Ungebundenheit und Selbstbestimmung« und damit die »liberale Demokratie« ohnehin »am Ende«, wie es Ulrike Guérot (2019: 16 bzw. 26) vermutet? Ja, muss sogar die Frage gestellt werden, worin »die schlimmere Dystopie in Zeiten, in denen die aufgeklärte Utopie normativ verloren ist« (ebd.: 23) liegt: »die Bewahrung des Planeten Erde und seiner natürlichen Lebensgrundlagen ohne Demokratie und individuelle Freiheit; oder individuelle Freiheit ohne natürlich Lebensgrundlagen« (ebd.)? Stehen wir tatsächlich vor dieser Frage?

Der Soziologe und Politikwissenschaftler Ingolfur Blühdorn, der sich Zeit seines Lebens mit Fragen der politischen Ökologie befasst hat und durch seine Publikation zur »Simulativen Demokratie« einem größeren Leser*innenkreis bekannt wurde, ist der Auffassung, dass die wohlfahrtsstaatliche »liberale Demokratie weder nachhaltig noch haltbar ist« (Blühdorn 2019b), weil sie die dafür notwendigen natürlichen und ideellen Voraussetzungen und Ressourcen in immer schnellerem Tempo aufzehre. Vor allem das Subjektivitäts-, Autonomie- und Freiheitsverständnis, das für moderne Gesellschaften und deren tragende Schichten seit der Aufklärung konstitutiv sei, respektive dessen Veränderung, ist dabei für ihn ein Kern der Überlegungen. Wurden diese Begriffe als normative Grundlagen der Demokratie von Kant bis zur politischen Ökologie der 1980er Jahre als durch Maß und Verantwortung begrenzt gedacht, seien sie im Zuge einer »Emanzipation zweiter Ordnung« (ebd.) mit tätiger Unterstützung progressiv-emanzipatorischer Bewegungen *ent*grenzt worden, »freilich stets in der Ansicht und Absicht, damit das Eigentliche,

das Authentische, das Wahre, das bisher Vorenthaltene, Entfremdete freizusetzen« (ebd.). Und er ergänzt, das berühmte Diktum Emanuel Kants zitierend: »Und so verlängerte sich der projektierte Auszug aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit übergangslos in den Auszug aus der Verpflichtung zur Mündigkeit.« (Ebd.)

Das ist starker Tobak und für die Kulturpolitik eine Kampfansage. Denn das entgrenzte Freiheits- und Subjektivitätsverständnis, das hier als Widerspruch zu den Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung ausgemacht wird, ist ihr nachgerade programmatisch eingeschrieben, zumindest wenn es um die Kunstfreiheit geht. Aber wie sagte nicht Greta Thunberg: »Wir wollen eure [...] ganze grenzenlose Freiheit [nicht]« (zit. n. Rühle 2019: 14). Diese Ansage ist ernst zu nehmen, denn sie ist mit Blick auf die Klimakatastrophe in ihrer konsumistischen, Ressourcen verzehrenden Konnotation begründet. Offensichtlich muss über Begrenzung von Freiheit geredet werden – zum Schutz der Demokratie *und* als Bedingung für ein menschenwürdiges Überleben Aller. Dabei geht es nicht um Einschränkungen der grundgesetzlich verbürgten Freiheiten als Prinzipien im Allgemeinen oder der Kunstfreiheit im Besonderen, aber durchaus »um etwas sehr Grundsätzliches – in der Mitte der Gesellschaft: die Neuverhandlung von völlig entgrenzten, unhaltbaren, nicht nachhaltigen Freiheits- und Berechtigungsansprüchen.« (Blüh-dorn 2019 a: 4) Aber lässt sich das mit Blick auf die persönlichen Freiheitsrechte immer zuverlässig differenzieren? Was kommt da in Bewegung? Was bleibt auf der Strecke?

Dies sind kulturelle Fragen, die im Kulturbetrieb und in der weltoffenen akademisch geprägten Mittelklasse angesprochen werden müssen, die seit den 1970er Jahren nicht zuletzt auch die Treiber für überbordende Ansprüche auf Freiheit und konsumorientierte Selbstverwirklichung waren. Es sind aber auch politische Fragen, die unser demokratisches Gemeinwesen und die Rolle des Staates betreffen. So sieht denn auch der schon zitierte Kulturwissenschaftler Andreas Reckwitz einen aktiveren Staat im Kontext eines »einbettenden Liberalismus«, um in der Lage zu sein, die »Emanzipationsgewinne des Linksliberalismus und die Gewinne an globaler Wettbewerbsfähigkeit durch den Neoliberalismus zu bewahren und weiterzuentwickeln und zugleich regulierend einzugreifen« (Reckwitz 2020: 19).

Was kann Kulturpolitik tun?

Brauchen wir einen Paradigmenwechsel in der Kulturpolitik, Postwachstumsüberlegungen im Kulturbereich, Reduktion statt Expansion der Kulturangebote? Das geht gar nicht, wird die Kulturwelt sagen. Das ist Gegenaufklärung, mindestens ein Angriff auf die Kunst, die sich natürlich nur im Modus der Entgrenzung und Steigerung entfalten kann. Es bahnt sich ein Zielkonflikt in der Kulturpolitik an, wenn er nicht schon längst da ist. Wie können wir ihn lösen? Zuallererst sollten wir nachdenken und Fragen stellen.

Wenn es so ist, dass das Verhalten der Menschen auch kulturell vermittelt ist, dann sollte es auch möglich sein, mit den Mitteln der Kunst und Kultur darauf

einzuwirken. Natürlich hat der Kulturbereich zur Nachhaltigkeitsdebatte deutlich mehr beizutragen »als das Bühnenprogramm bei Klimakonferenzen«, wie es der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, in seinem Beitrag zu diesem Jahrbuch formuliert. Kulturelle Einrichtungen, die nicht nur konsumorientierte Lebensstile und Unterhaltungsbedürfnisse bedienen, sondern zur Aufklärung beitragen wollen, wären dann aufgefordert, diese Fragen zu thematisieren, was in vielen Fällen ja auch schon geschieht. Und natürlich können auch die Kulturschaffenden und ihre Organisationen aktiv werden. Mit ihrer Überzeugungskraft und ihrer Einspruchsfähigkeit wird sich auch im Umweltbewusstsein der Menschen und der Kulturpolitik etwas bewegen lassen. Sie können die Triebkräfte und Mechanismen hinter der Wachstumslogik sichtbar machen und jene Bilder vom nachhaltigen und gelingenden Leben schaffen, die wir jetzt so sehr benötigen. Das ist zumindest eine häufig formulierte Hoffnung.

Gefordert ist aber auch die Kulturpolitik. Die »Agenda 21 für Kultur« aus dem Jahr 2005 und ihre Nachfolgeprogramme haben umfassend formuliert, mit welchen Zielen und Aktionen auch Kunst und Kultur ihre eigenen Beiträge zur nachhaltigen und klimagerechten Entwicklung leisten können. Diese sollten ernst genommen und weiterentwickelt werden. Nachhaltigkeit in der Kulturpolitik muss zukünftig auch die Fragen nach der klimagerechten Ausgestaltung der kulturellen Infrastruktur bedeuten. So sollten die Kultureinrichtungen auch mit Blick auf ihre nachhaltige Ausstattung und Bewirtschaftung klimatechnisch und energetisch den modernsten Anforderungen genügen. Helfen könnte dabei ein Programm, das es den Kultureinrichtungen erlaubt, sich den in den kommenden Dekaden zu erwartenden klimatischen Bedingungen anzupassen. Das allein würde ein Programm von vielen Hundert Millionen Euro begründen. Der kulturpolitische Diskurs könnte ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit stärken, Diskussionsanreize liefern und Institutionen ermutigen, Ideen für ein Umsteuern zu generieren und diese offensiv zu kommunizieren. Studien zu »Kultur und Nachhaltigkeit« und »Kultur und Klimawandel« könnten weitere Erkenntnisse und Anregungen für eine nachhaltige Transformationspolitik liefern, wenn denn die Kulturpolitik bereit wäre, sich in diesem Sinne untersuchen und reflektieren zu lassen.

Ein Dekadenmoratorium für neue Kultureinrichtungen – ein Gedankenexperiment

Der Logik des permanenten Wachstums und der Steigerung sind auch im Kulturbereich Grenzen zu setzen. Dieser Aussage werden sich sicher noch viele anschließen können. Wie kann dies geschehen? Wagen wir ein Gedankenexperiment. Wenn es richtig ist, dass uns nur noch zehn bis fünfzehn Jahre bleiben, um die Erderwärmung zu stoppen und wir alles dafür tun müssen, um dieses Ziel zu erreichen, wäre es dann nicht sinnvoll und angemessen, in den nächsten zehn Jahren auf den Bau neuer Kultureinrichtungen zu verzichten, weil natürlich auch damit ein enormer Ressourcenverbrauch verbunden ist? Brauchen wir nicht in dieser wichtigen Zeit ein starkes Zeichen der Kulturpolitik – ein Dekadenmoratorium? Das (fiktiv) »ein-

gesparte« Geld (sicherlich mehrere Milliarden Euro) könnte theoretisch wie folgt klimaneutral und kulturbezogen eingesetzt werden: Ein Teil wird für die klimagerechte Sanierung der bestehenden kulturellen Infrastruktur verwandt, ein Teil könnte die soziale Situation der Kulturakteure verbessern und ein Teil könnte als Akt der Solidarität für sinnvolle Kulturprojekte in Ländern ausgegeben werden, die vom Klimawandel schon jetzt am stärksten betroffen sind, wenn dies denn gewünscht wird.

Vermutlich wird dieser Vorschlag von den Realpolitiker*innen im Kulturbereich postwendend ins Reich der Fantasie verwiesen und kopfschüttelnd abgelehnt. Schnell wird die Populismuskeule geschwungen. Von Alarmismus wird die Rede sein. Wie sollte das auch gehen – über alle Politikressorts hinweg? Wie kann denn Geld veranschlagt werden, das noch gar nicht etatisiert ist? Und überhaupt: Wären nicht gerade jetzt mehr Kultureinrichtungen nötig, um die notwendige Aufklärungsarbeit zu leisten? Brauchen wir nicht noch mehr Bühnen, um darauf die Probleme der Welt zu verhandeln? Nein, das brauchen wir nicht, nicht jetzt! Es gibt schon genug, jedenfalls in den großen Städten. Außerdem ginge es ja nur um zehn Jahre, um eine kleine infrastrukturelle Atempause, die aber ein enormes Zeichen setzen würde. Ein Zeichen, das zeigen würde: Wir haben verstanden! Denn glaubt jemand im Ernst, dass dem Klimawandel ohne drastische Maßnahmen beizukommen ist? Um den Gefahren zu begegnen, müssten schnellstmöglich Verbrennungsmotoren verboten, der Fleischkonsum und Flugreisen rationiert, Altbauten wärmedämmend und die Menschen gezwungen werden, »ihre Smartphones gegen alte Nokias mit einwöchiger Batterielaufzeit einzutauschen« (Haberkorn 2018). Und da sollte es nicht möglich sein, zehn Jahre auf neue Kultureinrichtungen zu verzichten? Warum sollte der Kulturbereich nicht vielmehr ein Vorreiter in dieser wichtigen Frage sein? Er würde dadurch seiner gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht werden. Und ganz nebenbei könnte er so den Renovierungsstau in seinen Einrichtungen auflösen.

Wenn schon diese Argumentation nicht überzeugt, wovon auszugehen ist, weil nur ein »Weiter so« die Gemüter beruhigt, dann sollte doch zumindest eine Eigennutzüberlegung wirksam sein: Das Klimaproblem wird schon in den nächsten zwanzig Jahren die Prioritäten der politischen Agenden komplett verändern. Und es werden die Ressorts die Gewinner sein, die das glaubwürdigste Angebot machen, um dem Klimawandel zu begegnen. Wer dabei nicht mitmacht, verliert an Relevanz. Insofern ist es schon eine Frage der Selbsterhaltung, dass Kulturpolitik programmatisch und mit konkreten Vorschlägen Flagge zeigt und proaktiv wird. Es wird Zeit, sich dieser Herausforderung zu stellen. Wer will, mag dies dann auch als kulturelle Heimatpolitik im wohlverstandenen Sinne interpretieren, in dem Heimat ein »nüchterner Begriff« (Walter Jens) ist, eine Aufforderung, auf diesem Planeten auch in Zukunft noch heimisch sein zu können.

Literatur

- Blühdorn, Ingolfur (2019 a): »Befreiung aus der Mündigkeit. Wenn die liberale Demokratie zur Zumutung wird«, in: *Die Presse*, 2.3.2019
- Blühdorn, Ingolfur (2019 b): »Die Dialektik der Emanzipation. Kritische Soziologie in der Endlosschleife«, in: Ketterer, Hanna/ Becker, Karina (Hrsg.) (2019): *Was stimmt nicht mit der Demokratie?*, Berlin: Suhrkamp, S. 152–159
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München: oekom verlag
- Guérot, Ulrike (2019): *Begräbnis der Aufklärung? Zur Umcodierung von Demokratie und Freiheit im Zeitalter der digitalen Nicht-Nachhaltigkeit*, Wien: Picus Verlag
- Haberkorn, Tobias (2018): »Die Sintflut kommt. Über den Klimawandel reden wir immer noch als sei er eine Fiktion. Dabei ist längst ein Klimakrieg im Gange«, *Zeit Online*, <https://www.zeit.de/kultur/2018-10/klimawandel-schuld-anerkennung-klimakrieg-weltklimakonferenz> (letzter Aufruf: 25.3.2019)
- Kindsmüller, Werner (2019): »Die Klimakrise und die Krise der Autonomie. Gedanken zu einer Neuorientierung der kulturellen Praxis«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 166, S. 51–54
- Kings, Eva/ Roters, Andreas/ Sievers, Norbert/ Siewert, Jörg/ Zühlke, Werner (1990): »Bausteine für eine kommunikativ und ökologisch orientierte Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 50, S. 16–21
- Knoblich, Tobias (2019): »Die Zukunft der Kultur muss nachhaltig sein.« Erklärung des Präsidenten der Kulturpolitischen Gesellschaft vom 20. 11. 2019, https://kupoge.de/pressearchiv/pressdok/2019/Erklaerung_Klimapolitik_Kupoge_Nov-2019.pdf (letzter Zugriff: 25.3.2020)
- Paech, Niko (2019): »Freiheit begrenzen, um sie zu bewahren. Fleischkonsum, Flugreisen, Wohnraum: Wie viel ist Grundbedürfnis, wo beginnt der Luxus?«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20.8.2019, S. 9
- Rauterberg, Hanno (2019): »Die Kunst der Scheinheiligkeit«, in: *Die Zeit*, 1.8.2019
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin: Suhrkamp
- Reckwitz, Andreas (2020): »Liberalismus: Ein Ordnungsruf«, in: *Philosophie Magazin Edition*, S. 15–20
- Röbke, Thomas (1993): *Zwanzig Jahre Neue Kulturpolitik. Erklärungen und Dokumente. 1972–1992*, Hagen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Edition Umbruch/Texte zur Kulturpolitik, Nr. 1), S. 77–81
- Rühle, Alex (2019): »Schubumkehr. ›Szenen aus dem Herzen‹: Greta Thunbergs Mutter erzählt die Geschichte der Familie und wird dabei irritierend pathetisch«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.4.2019, S. 14
- Sievers, Norbert (2018): »Kulturpolitik muss auch Klimapolitik sein«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 163, S. 72–75

Kulturpolitik muss auch Klimapolitik sein, um Heimat(en) zu schützen

